



Pressemitteilung

Nr. 17/21

Sächsischer Städte- und Gemeindegtag und Sächsischer Landkreistag legen gemeinsame Teststrategie vor

Die Präsidenten der beiden kommunalen Landesverbände haben dem Ministerpräsidenten eine Strategie zugeleitet, wie die bisher geschlossenen Bereiche des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens schrittweise wieder geöffnet werden können. Im Kern geht es darum, die Kontakte weitgehend zuzulassen, sofern die Menschen einen tagesaktuellen und negativen Coronatest oder bereits eine Immunisierung vorweisen können. Darin sehen die beiden Präsidenten ein milderes und weniger in die Freiheitsrechte der Menschen eingreifendes Mittel als eine Verlängerung der bisherigen Lockdown-Strategie.

Bert Wendsche, der Präsident des Sächsischen Städte- und Gemeindegtages, sagte dazu: *„Gesellschaft und Wirtschaft brauchen eine Perspektive, wie wir aus den auf Dauer höchst schädlichen Kontaktbeschränkungen herauskommen. Unser Konzept setzt einen klaren Startpunkt und einen Endpunkt. Solange die Pandemie nicht ausgestanden ist, setzen wir auf Tests und die zunehmende Immunisierung der Bevölkerung durch Impfung. Unter diesen Voraussetzungen wollen wir mehr Normalität ermöglichen. Sobald es die Grenzwerte des Infektionsschutzgesetzes zulassen, sollten wir in Sachsen damit starten.“*

„Die derzeit auf Bundesebene angestellten Überlegungen, negativ getestete und wirksam immunisierte Personen gleichzustellen, gehen in die richtige Richtung. Zugleich erscheint uns vieles daran passiv und perspektivlos. Wir müssen das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben schrittweise wiederherstellen. Wir haben umfangreiche Testmöglichkeiten und zunehmende Impfgelegenheiten. Das Virus wird Teil unseres Lebens bleiben, das wir nur mit Impfen und Testen in den Griff bekommen. Auf was warten dann Bund und Länder noch?“ fügte **Frank Vogel**, Präsident des Sächsischen Landkreistages hinzu.

Die Teststrategie (**Anlage**) ist ausdrücklich als Anstoß für die aus Sicht der Kommunen dringend notwendige Diskussion gedacht, wie Infektionsschutz und Freiheitsrechte in Einklang gebracht werden können.